ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ademmer, Esther

Article

Zu den möglichen Auswirkungen eines "Brexit"

IfW-Box, No. 2016.3

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Ademmer, Esther (2016) : Zu den möglichen Auswirkungen eines "Brexit", IfW-Box, No. 2016.3, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/201114

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IfW-Box 2016.3

Zu den möglichen Auswirkungen eines „Brexit“

Esther Ademmer

Am 23. Juni 2016 wird im Vereinigten Königreich, der zweitgrößten Volkswirtschaft der Europäischen Union, über den Verbleib in der EU abgestimmt. Vor dem Hintergrund einer erstarkenden anti-europäischen UK Independence Party (UKIP) und euroskeptischen Stimmen im eigenen Lager, hatte der konservative Premier David Cameron bereits im Januar 2013 ein Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union bis spätestens 2017 angekündigt. Das Gipfeltreffen der Staats-und Regierungschefs der Europäischen Union im Februar 2016 stand daher besonders im Zeichen des so genannten „Brexit“, des möglichen Ausstiegs des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Für den Fall eines Verbleibs in der EU konnte die Regierung von David Cameron den anderen Mitgliedsstaaten einige Zugeständnisse abringen. So sollen unter anderem die Mitspracherechte nationaler Parlamente gestärkt und die Ausnahme des Vereinigten Königreichs aus dem Integrationsziel einer „immer engeren Union“ formalisiert werden und Sozialleistungen an EU-Binnenmigranten restriktiver gestaltet werden können (European Council 2016). Falls die Briten sich dennoch gegen eine Mitgliedschaft in der EU entscheiden, stellt sich die Frage nach den wirtschaftlichen Konsequenzen; diese hängen jedoch maßgeblich davon ab, welche vertraglichen Beziehungen an die Stelle einer britischen Vollmitgliedschaft treten.

How to „Brexit“

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde ein Austritt aus der EU erstmals rechtlich geregelt. Nach Artikel 50 müsste das Vereinigte Königreich dazu den Europäischen Rat über den Austrittswunsch informieren. Werden keine anderen Vereinbarungen getroffen, erlischt die Mitgliedschaft nach zwei weiteren Jahren automatisch. Diese zwei Jahre stecken letztlich den Zeitrahmen für Austrittsverhandlungen ab, in denen allerdings auch ein alternativer Zeitpunkt für den tatsächlichen EU-Austritt beschlossen werden kann. Sobald ein „Brexit“ formal eingeleitet wird, verhandelt die verbleibende EU-27 mit der britischen Regierung über die Konditionen des Austritts. Die EU-Kommission wird unter Vorgabe von Verhandlungslinien durch die Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat) mit der Verhandlungsführung beauftragt. Diese Verhandlungen beinhalten auch die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen des Vereinigten Königreichs unterhalb der vollen EU-Mitgliedschaft und verlaufen formal wie mit einem Nicht-EU Staat. Obwohl eine weiterhin enge wirtschaftliche Bindung im Interesse sowohl der EU als auch des Vereinigten Königreichs wären, gilt das Wohlwollen der EU im Falle eines „Brexit“ als gering, auch um die Attraktivität eines Ausstiegs für andere EU-Mitglieder zu reduzieren (*The Economist* 2016). Die britische Verhandlungsmacht in einer solchen Konstellation wäre daher begrenzt. Vom Ergebnis dieser Verhandlungen allerdings hängt maßgeblich ab, wie „teuer“ ein „Brexit“ das Vereinigte Königreich und die EU wirtschaftlich zu stehen kommt.

„Brexit“-Szenarien und unsichere wirtschaftliche Effekte

Weil die konkrete Ausgestaltung möglicher post-„Brexit“-Beziehungen unklar ist, operieren Studien zu den wirtschaftlichen Effekten eines möglichen Austritts mit verschiedenen Szenarien, die sich an bestehenden Handelsbeziehungen der EU mit Nicht-EU Staaten, wie Norwegen, der Schweiz, oder der Türkei, orientieren (vgl. Irwin 2015 für einen ausführlichen Überblick). In einem optimistischen Szenario, in dem das Vereinigte Königreich ähnlich wie Norwegen und die Schweiz einen weitreichenden Zugang zum EU Binnenmarkt erhielte, beliefen sich einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge die Einbußen noch immer auf 0,6 Prozent des realen pro Kopf BIP des Vereinigten Königreichs im Jahr 2030 (Schoof et al. 2015). In einem solchen Szenario wären die Briten verpflichtet, weiterhin große Teile des ‚acquis communautaire‘, des gemeinsamen europäischen Regelwerkes, zu übernehmen – jedoch ohne diese Regeln zukünftig mitgestalten zu können; vor dem Hintergrund der Forderungen der „Brexit“-Befürworter nach mehr Souveränität eine politisch heikle Option. In einem pessimistischen Szenario, in dem keine speziellen Handelsbeziehungen mit der EU jenseits bestehender internationaler Regeln, wie denen der WTO, vereinbart würden, lägen die geschätzten Einbußen bei rund 3 Prozent (Schoof et al. 2015; vgl. auch Ottaviano et al. 2014). Die wirtschaftlichen Effekte für die Gesamt-EU werden niedriger geschätzt als die für das Vereinigte Königreich (-0,1 Prozent im optimistischen Szenario und -0,4 Prozent im pessimistischen Szenario (Schoof et al. 2015; vgl. auch Buiter et al. 2015). Diese Effekte wären aber zwischen verschiedenen EU-Ländern ungleich verteilt. Irland wäre aufgrund der engen ökonomischen Verbindungen vermutlich stärker betroffen als andere Mitgliedsstaaten (Barrett et al. 2015; Purdue und Huang 2015;

Quelle: Klaus-Jürgen Gern, Philipp Hauber, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Martin Plödt und Maik Wolters (2016). Getrübte Aussichten für die Weltkonjunktur. Kieler Konjunkturberichte Nr. 15 (2016|1). Institut für Weltwirtschaft, Kiel (Kasten 3: 32–33).

Schoof et al. 2015). Diese Ergebnisse beziehen sich zunächst auf statische Effekte, die durch höhere Kosten der Importe und Exporte aus und an EU-Länder durch tarifäre und besonders nicht-tarifäre Handelshemmnisse entstünden, während aufseiten des Vereinigten Königreichs Zahlungen an das EU Budget wegfielen, die von anderen Mitgliedstaaten zumindest partiell mitgetragen werden müssten. Zolltarife wären selbst in einem Szenario ohne spezifische Abkommen mit der EU aufgrund von WTO-Regeln weiterhin gering, aber es bestünde ein höheres Risiko nicht-tarifärer Handelshemmnisse, beispielsweise durch zukünftig inkompatible Produktstandards, komplexe Konformitätsprüfungen, oder den Verlust der EU-weiten Dienstleistungsfreiheit (Penatzer 2015).

Jenseits dieser statischen Effekte könnten allerdings längerfristig größere Einkommenseinbußen durch dynamische Effekte entstehen, falls ein Rückgang an Handel zu einem Rückgang an Wettbewerb, Innovationen oder Technologietransfer führt und dadurch produktivitätsmindernd wirkt (Ottaviano et al. 2014). Erwartet wird auch, dass ein „Brexit“ verschiedene Sektoren unterschiedlich hart trifft. Eine Studie zur Gemeinsamen Agrarpolitik legt nahe, dass ein Austritt in diesem Bereich für das Vereinigte Königreich wirtschaftliche Vorteile hätte (Boulanger und Philippidis 2015). Mit großen Unsicherheiten diskutiert werden auch Effekte auf den britischen Finanzsektor. Die City of London könnte von Abwanderungseffekten von Finanzdienstleistern betroffen sein und durch eine Neuaushandlung des Zugangs zum europäischen Binnenmarkt zukünftig eher strikteren als laxeren Regeln unterworfen werden (Springford und Whyte 2014).

Für die EU insgesamt fallen eher die politischen Kosten eines „Brexit“ ins Gewicht: Einige fürchten den Verlust des liberalen Vereinigten Königreichs als Reformanker und Gegengewicht eines stärker interventionsfreundlichen Südens in der EU (Zuleeg 2014). Andere sehen im „Brexit“ eher die Trennung von einer Integrationsbremse: das Vereinigte Königreich ist bisher Vorreiter bei „Opt-outs“, also vertraglichen Sonderstellungen in verschiedenen Politikbereichen, wie dem Schengener Abkommen oder dem EU-Fiskalpakt. Die zurzeit vielfach geforderten europäischen Lösungen zur Bewältigung diverser Krisen könnten also möglicherweise ohne das Vereinigte Königreich erleichtert werden. Gefürchtet wird ein „Brexit“ aber besonders aufgrund seiner Symbolträchtigkeit in der ohnehin schon krisengeschüttelten und zunehmend integrationsskeptischen Staatengemeinschaft. Es bleibt abzuwarten, ob erst ein tatsächlicher Austritt oder nicht bereits die Zugeständnisse der EU-27 gegenüber den nationalen Interessen eines einzelnen Staates die Fliehkräfte in der EU gestärkt haben, anstatt sie zu schwächen.

Literatur

Barrett, A., A. Bergin, J. FitzGerald, D. Lambert, D. McCoy, E. Morgenroth, I. Siedschlag und Z. Studnicka (2015). Scoping the Possible Economic Implications of Brexit on Ireland. ESRI Research Series 48. The Economic and Social Research Institute, Dublin.

Boulanger, P., und G. Philippidis (2015). The End of a Romance? A Note on the Quantitative Impacts of a “Brexit” from the EU. *Journal of Agricultural Economics* 66 (3): 832–842.

Buiter, W., C. Schulz und M. Read (2016). The implications of Brexit for the rest of the EU, Vox.eu. Via Internet (8. März 2016) <http://www.voxeu.org/article/implications-brexit-rest-eu>.

European Council (2016). European Council Meeting 18 and 19 February 2016 - Conclusions, EUCO 1/16, adopted February 19, 2016. European Council, Brüssel.

Irwin, G. (2015). *BREXIT: The impact on the UK and the EU*. Global Counsel, London.

Ottaviano, G., J.P. Pessoa, T. Sampson und J.M. van Reenen (2014). Brexit or Fixit? The Trade and Welfare Effects of Leaving the European Union. CEP Policy Analysis. Centre for Economic Performance, London.

Penatzer, M. (2015). Brexit: Chance oder Untergang für Großbritannien. ROME Discussion Paper Series 15-08. Research On Money in the Economy (ROME), Düsseldorf.

Purdue, D., und H. Huang (2015). Brexit and its Impact on the Irish Economy. National Treasury Management Agency, Dublin.

Schoof, U., T. Petersen, R. Aichele und G. Felbermayr (2015). Brexit – Mögliche wirtschaftliche Folgen eines britischen EU-Austritts. Zukunft soziale Marktwirtschaft Policy Brief 2015/05. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

The Economist (2016). The Brexit delusion. Via Internet (8. März 2016) <http://www.economist.com/news/briefing/21693568-david-cameron-will-struggle-win-referendum-britains-eu-membership-if-he-loses>.

Zuleeg, F. (2014). Britain outside Europe? Fewer EU concessions to UK post-Brexit. EPC Commentary. European Policy Centre, Brüssel.